

Angehörigen-Entlastungsgesetz beschlossen Staat übernimmt mehr Pflegekosten

Der Deutsche Bundestag hat Anfang November das Angehörigen-Entlastungsgesetz beschlossen. Falls das Einkommen der Pflegebedürftigen für die Deckung der Kosten nicht ausreicht, werden nahe Angehörige künftig erst ab einem Brutto-Jahreseinkommen von 100.000 Euro in die Pflicht genommen. Die gleiche Einkommensgrenze gilt für Eltern mit volljährigen pflegebedürftigen Kindern. CDU/CSU und SPD setzen damit eine wichtige Verabredung des Koalitionsvertrags um. Bevor das Gesetz in Kraft tritt, muss noch der Bundesrat zustimmen. „Das Gesetz ist eine gute Nachricht für Eltern und Kinder von Pflegebedürftigen und bringt wichtige Entlastungen für die Betroffenen. Bei Gesprächen mit Bürgern in meinem Wahlkreis Nordsachsen höre ich gerade von älteren Menschen immer wieder die Befürchtung, dass sie künftig für ihre Angehörigen womöglich eine finanzielle Belastung sind. Diese Sorge können wir ihnen jetzt nehmen“, so Marian Wendt. Der nordsächsische CDU-Bundestagsabgeordnete hatte in der

diesjährigen parlamentarischen Sommerpause ein Schnupper-Praktikum in einer Pflegeeinrichtung absolviert. Auch für Menschen mit Behinderungen enthält das Gesetz wichtige Neuerungen. Das Angebot einer ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB) wird über 2022 hinaus verlängert. Zudem soll ein Budget für Ausbildung eingeführt werden. Mit diesem Geld können vor allem junge Menschen mit Behinderung auf dem inklusiven Arbeitsmarkt intensiver als bisher begleitet werden. Das hilft den Betroffenen bei der eigenständigen Lebensplanung und ist auch ein Gewinn für Betriebe, die Auszubildende suchen. „Mit dem Budget steigen die Chancen von jungen Menschen mit Behinderungen, durch eine betriebliche Ausbildung einen anerkannten Berufsabschluss auf dem regulären Arbeitsmarkt zu erlangen“, erklärt Marian Wendt.

Weitere Infos unter: www.bmas.de

Der Winter kann kommen: 4.100 Tonnen Salz vorrätig

Die Straßenmeistereien des Landkreises Nordsachsen sind für den Winter gerüstet. In den Hallen in Dahlen, Eilenburg, Delitzsch, Oschatz und Torgau wurden gut 4.100 Tonnen Streusalz eingelagert. Die werden auch benötigt, denn die Schneeschieber und Streuer müssen im Ernstfall täglich eine Strecke von etwa 1.300 Kilometern bewältigen. So lang ist das Straßennetz, das der Landkreis betreut. Außerdem ziehen die Mitarbeiter der Straßenmeistereien derzeit auf rund 42 Kilometern Länge in ganz Nordsachsen Schneezäune. Diese sollen verhindern, dass sich gefährliche Schneewehen auf den vielbefahrenen Strecken bilden. Auch die 100 Streugutbehälter entlang der Straßen sind inzwischen mit Split gefüllt.



Für Heimat-Rückkehrer

Am 27.12.2019 wird von 10 bis 12 Uhr wieder der Nordsächsische Rückkehrertag in Torgau, Delitzsch, Oschatz, Schkeuditz und Eilenburg veranstaltet. An diesem Tag präsentieren einheimische Unternehmen ihre Jobangebote. Mit dem Projekt unterstützt die Fachkräfteallianz Nordsachsen Menschen, die aus der Heimat abgewandert sind und wieder zurückkommen wollen.

Weitere Infos und die Veranstaltungsorte gibt es unter: www.rueckkehrertag.de



"Zentrale Mittelmeerroute ist de facto geschlossen"

Zusammen mit einer kleinen Delegation des Innenausschusses führte der nordsächsische Bundestagsabgeordnete Marian Wendt (CDU) im Oktober zahlreiche Gespräche in Rom – unter anderem mit der Innenministerin Luciana Lamorgese (Foto), in Sicherheitsbehörden sowie in den beiden Parlamenten. Inhaltliche Schwerpunkte der Reise waren Migrations- und Integrationsfragen sowie die damit zusammenhängenden Themenbereiche. "Die Gespräche mit den Verantwortlichen in Rom waren für die Bekämpfung der illegalen Migration sehr wichtig. Festzuhalten bleibt, dass die getroffenen Maßnahmen der letzten drei Jahre erfolgreich sind. Die zentrale Mittelmeerroute konnte dadurch de facto geschlossen werden. Dies belegen die gesunkenen Zahlen von rund 111.000 Geflüchteten auf dieser Route im Jahr 2017 auf knapp 9.000 in diesem Jahr. ... Auch die Idee von europäischen Transit- und Ankerzentren habe ich gemeinsam mit meinen Kollegen entwickelt. Dabei sollen die Menschen an der EU-Außengrenze sofort in ein Asylverfahren gehen und im negativen Fall direkt von dort wieder zurückgeschoben werden. Ziel muss stets sein, Zuwanderung über Asyl zu begrenzen und zu steuern, damit nur noch diejenigen nach Europa kommen, die wirklich Schutz benötigen und nicht diejenigen, die sich Schleuser leisten können", so Wendt.



Impfpflicht soll vor Masern schützen

Mitte November wurde das Masernschutzgesetz beschlossen, das im März 2020 in Kraft tritt. Es verpflichtet Personen, die in Gemeinschaftseinrichtungen wie Kitas, Schulen und Gesundheitsinstitutionen betreut werden oder arbeiten, dazu den ausreichenden Impfschutz oder eine bestehende Immunität nachzuweisen. Wer das nicht macht, muss mit einem Tätigkeitsverbot, einem Zutrittsverbot oder einer Geldbuße rechnen.

Ab März 2020.



"Ich freue mich, dass die Impfpflicht kommt, denn Masern gehören zu den ansteckendsten Infektionskrankheiten überhaupt. Weltweit ist die Krankheit weiter auf dem Vormarsch. Klar war für uns in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion von vorne herein, dass die Impfung nicht durch unmittelbaren Zwang durchgesetzt werden kann. Aber unsere bisherigen Anstrengungen durch Erinnerungssysteme und Informationskampagnen führten leider nicht dazu, dass sich die Impfquoten in Deutschland erhöht haben", so Marian Wendt.

Mehr Geld für Sicherheit, Sport und Einrichtungen

Der Regierungsentwurf für den Haushalt 2020 des Innenministeriums liegt vor: Von den rund 15,33 Milliarden Euro stehen 414,5 Millionen Euro für die Fortsetzung des Programms „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ zur Verfügung. Außerdem soll das Technische Hilfswerk etwa 33,5 Millionen Euro erhalten, um weitere 50 kVA-Notstromaggregate für die Ortsverbände zu beschaffen. Die Bereitschaftspolizeien der Länder bekommen 2,5 Millionen Euro für zusätzliche 1.000 Schutzwesten. Weitere 500.000 Euro werden für die Nachrüstung sämtlicher, für die Bekämpfung von Waldbränden geeigneten Hubschrauber mit Lasthaken und Wasserbehältern ausgegeben.



Häusliche Gewalt: Bedarf an Hilfe wächst, Landkreis reagiert

Im Landkreis Nordsachsen wächst der Bedarf an Hilfe und Unterstützung bei häuslicher Gewalt. Dies geht aus dem aktuellen polizeilichen Lagebild „Häusliche Gewalt“ hervor. Demnach gab es 2018 insgesamt 520 polizeilich gemeldete Fälle (2017: 504). Dabei spiegeln die polizeilich erfassten Zahlen nicht den tatsächlichen Bedarf wider: 2018 haben außerdem 272 Personen aus Nordsachsen das Beratungsangebot der Koordinierungs- und Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und Stalking des Wegweiser e.V. in Grimma genutzt. Der nordsächsische Kreistag hat deshalb Ende September dem „Hilfesystem zum Schutz vor häuslicher Gewalt“ mehrheitlich zugestimmt. Kernstück dieses Hilfesystems sind zwei Schutzeinrichtungen mit insgesamt zwölf Plätzen, in denen Frauen, Kinder und bei Bedarf auch Männer Obdach und Sicherheit finden werden. Ebenfalls soll eigene Koordinierungs- und Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und Stalking für den Landkreis eingerichtet werden.



Contra "Zettelwirtschaft"

Der Deutsche Bundestag hat Wort gehalten und noch vor Weihnachten das Bürokratieentlastungsgesetz III beschlossen. Vor allem wird damit die mittelständische Wirtschaft jährlich um mehr als eine Milliarde Euro entlastet. Das Gesetz nutzt die Chancen der Digitalisierung, um die mühsame „Zettelwirtschaft“ in vielen Bereichen zu erleichtern. Zentrale Bausteine sind die Einführung der elektronischen Meldung bei Arbeitsunfähigkeit, Erleichterungen bei der Vorhaltung von Datenverarbeitungssystemen für steuerliche Zwecke sowie digitale Alternativen zu den Papier-Meldescheinen im Hotelgewerbe. Zudem müssen Gründer künftig ihre Umsatzsteuervoranmeldung nur noch vierteljährlich abgeben.

ÖPNV-Mittel müssen bei Verbänden ankommen

Für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) soll künftig deutlich mehr Geld vom Bund fließen. Dies hat Nordsachsens Landrat Kai Emanuel, der auch Vorsitzender des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig ist, sehr begrüßt. Allerdings müssten die Regionalisierungsmittel nun auch uneingeschränkt bei den Zweckverbänden vor Ort ankommen. „In den nächsten drei Jahren werden die Länder insgesamt 1,225 Milliarden Euro extra aus Berlin bekommen, damit Fahrzeuge gekauft und mehr Verkehrsleistungen angeboten werden können. In Sachsen kümmern sich darum die fünf Nahverkehrszweckverbände. Ich gehe davon aus, dass der Freistaat die Gelder dann auch direkt dorthin weiterleitet“, so Emanuel.

